

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

A0028/11 – Bü90/Die Grünen, SPD/Tierschutzpartei/future!, CDU/BfM/ Die.Linke, FDP

Bezeichnung

Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister

24.05.2011

Finanz- und Grundstücksausschuss

08.06.2011

Verwaltungsausschuss

01.07.2011

Stadtrat

25.08.2011

Die Stadt Magdeburg tritt der **Europäischen Koalition der Städte gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung** bei.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, durch seine Unterschrift den Beitritt der Stadt Magdeburg zur Europäischen Städte-Koalition und die Annahme des 10-Punkte-Aktionsplanes zu bestätigen.

Die Stadt erklärt sich bereit, den Verpflichtungen, die sich aus dem Beitritt zur Städtekoalition ergeben, nachzukommen sowie die finanziellen und personellen Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen.

Zur Beratung in den Ausschüssen ist eine Liste all der Aktivitäten vorzulegen, die sich in Magdeburg bereits erfolgreich etabliert haben. Gleichzeitig sind seitens der Verwaltung zu den Ausschussberatungen Aussagen darüber zu treffen, welche finanziellen und ggf. auch personellen Anforderungen/Notwendigkeiten auf die Stadt zukommen, um den 10-Punkte-Aktionsplan umzusetzen. Dabei soll berücksichtigt werden, dass es sich um einen dynamischen Prozess handelt, so dass von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen auszugehen ist, die nur in Abhängigkeit von der jeweiligen Haushaltssituation umgesetzt werden können.

Der Antrag wird seitens der Verwaltung begrüßt.

In der Stadt finden bereits viele Aktivitäten statt, die die Ziele des 10-Punkte Programms der **Europäischen Koalition der Städte gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung** beinhalten und umsetzen.

Die Stadt selbst beteiligt sich seit Jahren an Aktionen gegen Extremismus. Hier sind nicht nur die Aktionen zum 16. Januar wie, die „Meile der Demokratie“ zu erwähnen, sondern auch Aktivitäten innerhalb der Verwaltung selbst, wie die Etablierung der „Demokratiepräsentanten“ bei den Auszubildenden der Stadtverwaltung, die AG des Stadtrates „Rathaus gegen Rechts“, die Mitarbeit der Verwaltung im Kriminalpräventiven Beirat, speziell in der AG gegen Extremismus und die ständige Mitarbeit im Bündnis gegen Rechts.

Ein wichtiger Baustein aller bisherigen Aktivitäten ist auch die erfolgreiche Bewerbung der Stadt für das Projekt „Vielfalt tut gut“ im Jahr 2007. Der hierfür mit vielen anderen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam entwickelte „Lokale Aktionsplan“ formulierte langfristige Ziele, die in viele Projekte mündeten. Die Nachhaltigkeit der verschiedensten Projekte wird durch das Fortsetzungsprojekt „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ gefördert.

Durch den für das Projekt „Vielfalt tut gut“ installierten Begleitausschuss ist ein Gremium entstanden, das die Vernetzung von Aktivitäten gegen Extremismus steuert. Beteiligt im Begleitausschuss sind Verwaltung, Kirchen, Gewerkschaften und Vereine. Die „Netzwerkstelle demokratisches Magdeburg“, die beim Verein Miteinander e.V. eingerichtet wurde, sorgt für Koordination und unterstützt die Entwicklung langfristiger Strategien.

Die Stadt beschäftigt einen hauptamtlichen Koordinator für Integration und Zuwanderung.

Weitere Aktivitäten, Projekte und Einzelveranstaltungen mit und in der Stadt:

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage:

- zahlreiche Schulen sind an diesem Netzwerk beteiligt
- Vernetzungsstruktur mit Bildungsträgern in der Schulprojektarbeit (bis Ende 2010 eigenes LAP-Projekt, jetzt in die Netzwerkstelle integriert)

Vernetzte Aktivitäten, die von breiten Bündnissen organisiert werden:

- Stolpersteine
- Ausstellung „Zwangsarbeit und KZ-Haft in Magdeburg“
- Ausstellung „Zug der Erinnerung“ 2009
- Straßenbahn „Vielfalt gemeinsam erleben“ seit 2008 gemeinsam mit der MVB
- Ausstellung „Hingucken denken einmischen“ im Hundertwasserhaus 2007
- Gegen den Neonaziaufmarsch anlässlich des 16. Januar: friedliche Gegendemonstrationen, Mahnwachen, seit 2009 Meile der Demokratie
- Regelmäßige Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen, wie z.B. „Tage jüdischer Kultur“, „Interkulturelle Woche“, „Ökumenische Friedensdekade“
- Aktivitäten zum 9. November (Gedenken...)
- Aktivitäten und Aktionen in den Stadtteilen (z.B. Stadtteilstage / Aktionstage in Alte Neustadt, Sudenburg)
- Kunstprojekte, Buchlesungen, Filmvorführungen...

Bildungsträger und Einrichtungen mit thematischen Bildungsveranstaltungen, langfristigen Projekten und anderen Aktivitäten:

- Miteinander e.V. und Mobile Opferberatung
- Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. mit einewelthaus
- Katholische Erwachsenenbildung
- Ikj / Netzwerk für Demokratie und Courage
- Gedenken an Todesopfer rechter Gewalt (F. Böttcher)
- Kundgebung „Es ist 5 vor 12“ am 18. März und Mahnwache „Gesicht zeigen für Demokratie“ am 20. März auf dem Domplatz

Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Kosten:

Der zu zahlende Mitgliedsbeitrag richtet sich nach der Einwohnerzahl der Stadt und würde für die Landeshauptstadt Magdeburg zz. 1000 EUR im Jahr betragen (Beitrag für Städte mit mehr als 100.000 und weniger als 500.000 Einwohnern).

Die weiteren Kosten können nicht beziffert werden.

Sollte die Aufgabe als zusätzliche Aufgabe einer konkreten Stelle in der Stadtverwaltung zugeordnet werden, so ist mit anteiligen Personalkosten sowie erhöhten Reisekosten -z.B. zu den regelmäßigen Mitgliederversammlungen- zu rechnen. Hier könnten auch Auslandsreisen anfallen.

Auch wird die Umsetzung bestimmter Punkte des Programms zu Kosten führen. Die Art der Umsetzung ist jedoch nicht zwingend vorgeschrieben. Die Höhe der Kosten ist davon abhängig, *wie* die Umsetzung bestimmter Punkte erfolgt. Es könnten möglicher Weise Kosten für die Beauftragung Dritter (Gutachten/Dienstleistungen) anfallen.

Sollte die Entscheidung getroffen werden, dass die Landeshauptstadt Magdeburg dem Verein beitrifft, so wäre eine Projektplanung zu erstellen, mit der für einzelne Punkte des Programms die Art der Umsetzung festzulegen wäre. Erst damit kann eine Übersicht über mögliche Kosten erreicht werden.

Vorteilhaft wäre, wenn die für den Lokalen Aktionsplan geschaffenen, vorhandenen Strukturen (Koordinierungsstelle und Begleitausschuss) genutzt werden könnten, da hier bereits sowohl inhaltliche als auch organisatorische Erfahrung vorhanden ist und die notwendige Vernetzung bereits besteht. (Die Koordinierungsstelle wird bereits mit anteiligen Personalkosten von der Landeshauptstadt finanziert, siehe hierzu SR-Beschluss Nr. 57-23(V)10, SR Sitzung vom 16.09.2010).

Holger Platz